

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Kioskbekräftigten 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten Deutschlands zu finden. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingekaufter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 3 gepaltene Wamselle 20 Pf., die 4 gepaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gepaltene Reklameweile im zeitlichen Teile 1 Reichspfennig. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen nach Maßgabe der allgemeinen Anzeigenpreise. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der Anzeigen werden nur oberer der Auftraggeber in Konkurrenz gestellt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 164. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 16. Juli 1927

Unglückszeiten.

Die „internationale Katastrophenkommission“. — Verheerende Naturereignisse. — Bewährte deutsche Tatkraft. — Gegen Vergiftung der Völkseele.

In Genf war man — unter führender Mitwirkung unseres früheren Reichsinnenministers Müller — eben dabei, eine überweltliche Hilfsorganisation für außergewöhnliche Unglücksfälle einzurichten. Eine „internationale Katastrophenkommission“, wie sie alsbald von irgendeinem der berufsmäßigen Spötter getauft wurde, die die unermüdbare Anstrengung des Völkerbundes zur Ausbreitung von Frieden und Glückseligkeit in der Welt mit ihren beißenden Reden begleiteten.

Man kann nun gewiß der Ansicht sein, daß es auch schon früher bei großen Elementarereignissen, von denen bald dieses, bald jenes Land heimgesucht wurde, an Verbindungen internationaler Solidarität durchaus nicht gefehlt hat. Man kann wohl die berechtigte Frage aufwerfen, ob ein kunstvoll und mühselig aufgebauter Apparat völkerbundmäßiger Herkunfts- und Instanzenhäufung in gleicher Weise imstande sein würde, mit der gebotenen Schnelligkeit und Zielsicherheit einzugreifen, wo immer die Kräfte des unmittelbar betroffenen Landes zur Bewältigung der Not nicht ausreichen. Wie gar soll es nun erst werden, wenn die Genfer Herren sich einer solchen Fülle verheerender Naturereignisse gegenübersehen, wie wir sie jetzt schaudernd Tag für Tag über uns hereinbrechen sehen? Die entsetzlichen Folgen der Unwetterkatastrophen im Sächsischen Erzgebirge werden ungezählte Wochen und Monate beanspruchen, bis auch nur das primitivste Alltagsleben dieser bemitleidenswerten Ortschaften wieder als gesichert gelten kann. Reich, Staat und Gemeinden werden gewiß mit oft bewährter deutscher Tatkraft ungezäumt ans Werk gehen, um wieder aufzubauen, was diese losgelassenen Mächte der Hölle binnen wenigen Minuten zerstört haben. Sollten sie, wenn jene internationale Katastrophenkommission jetzt schon fix und fertig bereit stände, etwa warten, bis man in Genf mit den unvermeidlichen Neben- und Untersuchungen, der Sammlung von Gutachten und Berichten, der Einbringung der notwendigen Geldmittel kostbare Zeit verbraucht und zuletzt vielleicht zu verständigen Entschickungen gelangt? Daraus wird sich keine Länderregierung einlassen — nicht einmal die palästinensische, die, kaum, daß die entseffelten Wassermassen der Mäglit und der Gottleuba sich verlaufen hatten, in ihrem Gebiet wieder andere Elementarkräfte zu spüren belam, denen gleichfalls Hunderte von Menschenleben zum Opfer fielen.

So umschließt allerdings eine Kette gemeinsamen Leidens die Völker im Morgen- und im Abendland. Wir werden uns wieder einmal der oft vergesenen Tatsache bewußt, daß wir alle ohnmächtige Geschöpfe in der Hand höherer Gewalten sind, die trotz unablässig fortschreitender Zivilisation immer noch in einem Augenblick zu zerstören vermögen, was Tausende von Menschenhänden in jahrelanger Arbeit einem unwilligen Boden, einem mißgünstigen Geschick abgerungen haben. Irgendwie scheint uns die Welt aus den Angeln geworfen zu sein, ohne daß unsere Gelehrten zu sagen wüßten, wen oder was sie dafür verantwortlich zu machen hätten. Wer möchte da wohl glauben, daß der gute Wille des Völkerbundes die außer Rand und Band geratene Ordnung der irdischen Dinge wieder herzustellen oder auch nur in ihren unheilvollen Wirkungen wesentlich abzuschwächen vermöchte?

Doch dürfen über den großen die kleinen Katastrophen nicht übersehen werden. Sie pflegen sich zwar nicht mit donnerartigem Getöse einzustellen, auch wenn sie gelegentlich von Nebelverschleppen begleitet sind. Aber wo sich feststellen läßt, daß sie auf Ursachen allgemeiner Art zurückgehen, wäre es freudigste Unterlassungssünde, wollte man die Augen gegen sie verschließen, bis jeweils wieder einmal ein Unglück geschehen ist.

Der preussische Minister des Innern hat kürzlich den Polizeibehörden eingeschärft, was gegenüber gewissen Auswüchsen bei Theaterrevuen usw. ihres Amtes ist. Seine Aufmerksamkeit war durch einen sehr dankenswerten Landtagsbeschluss auf die außerordentlich große Gefährdung unseres öffentlichen, kulturellen und sittlichen Lebens durch die in keinerlei Kunstinteresse begründete Aufführung der sogenannten Theaterrevuen mit sehr ausgiebigen Aktdarstellungen hingelenkt und er war gebeten worden, dagegen die geeignet erscheinenden behördlichen Maßnahmen zu treffen. Der gleiche Landtagsbeschluss hatte aber auch die Tatsache unterstrichen, daß sehr eindeutige Schläger, Couplets, Lieder durch Verbreitung von Gramophonplatten heute bis in die kleinsten und abgelegensten Dörfer und damit zugleich bei der Schuljugend nicht nur der Stadt, sondern auch des Landes Eingang finden, womit natürlich eine unberechenbar umfassende Vergiftung der Völkseele bewirkt wird, und daß deshalb auch die Verbreitung solcher unheilvollen Kunstzeugnisse mit allen geeigneten scheinenden Maßnahmen verhindert werden müsse. Grund genug für den Minister, seinen Behörden erneut einzuschärfen, daß auch nach Beseitigung der sogenannten Vorzensur die Polizei zum Einschreiten gegen Theater-

Barrikadenkämpfe in Wien.

Blutige Ausschreitungen in Oesterreichs Hauptstadt.

Wien in Aufruhr.

In Wien sind blutige Straßenkämpfe entbrannt. Den Anlaß zu diesen Kämpfen bot das Urteil des Wiener Schwurgerichts, das über einen Zusammenstoß zwischen Frontkämpfern und Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes im Januar d. J. in Schattendorf zu befinden hatte, bei dem ein Arbeiter und ein achtjähriger Knabe getötet und fünf Personen verletzt worden waren. Das Gericht sprach die drei angeklagten Frontkämpfer frei. Infolge dieses Freispruchs bemächtigte sich der Wiener Arbeiterschaft große Empörung, die ihre Wut in Demonstrationen und Tätlichkeiten ausließ.

Eingeleitet wurden die Demonstrationen gegen das Urteil durch Streiks der Arbeitnehmer bei einem Teil der Wiener Verkehrsmittel, des Wiener Elektrizitätswerkes und auch anderer Betriebe. Im Mittelpunkt der Demonstrationen standen das Parlament und der Justizpalast. Zwischen berittenen Wachen und den Demonstranten entstand vor dem Parlament ein regelrechter Kampf, bei dem die öffentliche Macht mit blanker Waffe gegen die Menge vorging. Auch wurden hier mehrere Schüsse gewechselt.

Zu weit entfernteren Szenen kam es vor dem Justizpalast, vor dem die Menge Barrikaden errichtete. Um die Mittagszeit drang ein starker Trupp Manifestanten in das Justizgebäude ein, warf große Bündel von Ästen auf die Straße, wo sie in Brand gesteckt wurden. Auch im Justizgebäude selbst wurde Feuer angelegt; ein Teil des Palastes soll bereits den Flammen zum Opfer gefallen sein, da der heranrückende Feuerweh durch die Demonstranten jede Löscharbeit unmöglich gemacht wurde.

Vor dem Gebäude spielten sich wilde Szenen ab. Frauen, die unter den Demonstranten besonders stark vertreten sind, fielen in Ohnmacht und mußten fortgeschafft werden. Im Justizpalast selbst sind mehrere Beamte mit Eisenstangen schwer mißhandelt worden.

Militär wird eingesetzt.

Da sich die Polizei als viel zu schwach gegenüber der erregten Menge gezeigt hat und der Polizeipräsident zudem den Auftrag gegeben hat, die Waffen zurückzugeben, ist Militär eingesetzt worden, um die Revolten niederzuschlagen. Auf die Kunde von dem Herankommen des Militärs zogen sich die Demonstranten nach dem Rathaus zurück, wo sie Barrikaden zu errichten begannen. Dafür gaben sie den Platz vor dem Justizgebäude frei, so daß die Feuerweh dann zu den Löscharbeiten an das Gebäude herankam.

Bisher 15 Tote, 100 Verwundete.

Schutzbundeinheiten versuchten, auf die erregte Menge beruhigend einzuwirken. Doch scheint das bisher noch nicht gelungen zu sein. Im Gegenteil suchen sich die Demonstranten immer neue Objekte für ihre Angriffe aus. Verschiedene Zeitungsgebäude sind von ihnen gestürmt worden, so daß die Feuerweh das Erscheinen der Mittag- und Abendblätter in Wien zur Unmöglichkeit ge-

aufführungen verpflichtet ist, sobald der Inhalt eines Theaterstückes oder die Art seiner Aufführung geeignet ist, die öffentliche Sittlichkeit zu gefährden; ihnen auch die Nachsprechung des Reichsgerichts in Erinnerung zu bringen, wonach Lautübertragungen durch Gramophonplatten unter den Begriff der unzüchtigen Darstellung fallen, wenn die sonstigen Leistungsmerkmale der entsprechenden strafrechtlichen Bestimmung vorliegen. In solchen Fällen soll „mit allem Nachdruck“ eingeschritten werden.

Gegen diesen Erlass eines sozialdemokratischen Ministers ist erfreulicherweise von keiner Seite Einspruch erhoben worden. Stimmt es aber nicht bedenklich, wenn die Regierung bis auf die Zeiten des Allgemeinen Preussischen Landrechts zurückgeht, um sich einen Rechtsmittel für die notwendige Bekämpfung solcher Schmutzleistungen zu holen, mit denen der gute Ruf unserer deutschen Kunst und Musik vor aller Welt geschändet wird?

Deutschland und Belgien.

Die unhaltbaren Anschuldigungen des Broquevilles. Der wegen der Angriffe des belgischen Kriegsministers, de Broqueville, auf die Reichswehr unternommene diplomatische Schritt Deutschlands in Brüssel ist jetzt von Belgien mit einer Note beantwortet worden, die dem deutschen Gesandten in Brüssel übergeben worden ist. Diese Note wird gegenwärtig im Auswärtigen Amt in Berlin bearbeitet. Schon jetzt zeigt sich, wie ungründet die Angriffe des Broquevilles waren. Wie sich herausgestellt hat, hat sich der belgische Kriegsminister bei

seiner Anklagen auf eine interne Note der Völkshastertkonferenz von Anfang 1925 berufen, die sich mit der Frage der Schwarzaren Reichswehr befaßt hat. Diese Angelegenheit ist aber im Januar dieses Jahres von der Völkshastertkonferenz als völlig erledigt erklärt worden, so daß man sehen kann, auf wie schwachen Füßen die belgische Anklage steht.

Die ganze Angelegenheit, die der belgische Kriegsminister jetzt aufgerührt hat, scheint übrigens ein abgekartetes Spiel zwischen Frankreich und Belgien zu sein. Französischerseits hat man nämlich Material über die Reichswehr gesammelt, wie es sich aus Debatten in den deutschen Parlamenten über die Versorgung von Reichswehrentlassenen und Angehörigen der alten Armee ergab. Dieses Material ist dann dem belgischen Kriegsminister zur Verfügung gestellt worden, der den französischen Inspirationen auf den Leim gegangen ist. Selbst in einem Teil der Brüsseler Presse begegnen die Behauptungen Broquevilles starken Zweifeln, und es wird darauf hingewiesen, daß, wenn Broquevilles Erklärungen richtig seien, Marschall Foch nicht die Erklärung abgegeben hätte, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen sei.

Generalstreik in Wien.

Jansbrud, 16. Juli. Heute früh wurde in Jansbrud offiziell bekannt, daß in Wien der Generalstreik postamtiert worden ist. Dieser hat auf Tirol insoweit übergriffen, daß auch hier heute morgen um 5 Uhr auf Anordnung der Gewerkschaften der Eisenbahnverkehr eingestellt worden ist. — Die Tiroler Landesregierung hat alle Maßnahmen getroffen, um die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten. Militär, Gendarmen und Polizei liegt seit gestern in höchster Bereitschaft. — Auch der telephonische und telegraphische Verkehr zwischen Wien und den Bundesländern ruht vollständig.

Bierzeh Tote.

Wien, 15. Juli. Nach bisher amtlich noch nicht bestätigten Schätzungen ist bereits mit 40 Toten und 200 Verwundeten in Wien zu rechnen. Der Ministerrat ist zu einer Tagung zusammengetreten, die gegenwärtig noch andauert. Obgleich die Lösungsaktion am Justizpalast energisch in Angriff genommen wurde, ist demit zu rechnen, daß mindestens die Hälfte des Gebäudes ein Opfer der Flammen sei. Das Rathaus und das Parlament befinden sich zur Zeit noch in den Händen der Sozialdemokraten.

Ein Aufruf der Polizeidirektion.

Wien, 15. Juli. In einer von der Wiener Polizeidirektion veröffentlichten Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß die Ereignisse, deren Schauplatz heute Wien war, das schärfste Eingreifen der Sicherheitsorgane zur Wiederherstellung der gestörten öffentlichen Ruhe und Ordnung erheischen. Die Polizeidirektion rücht an alle Kreise der Bevölkerung die dringende und erste Mahnung, nicht zuzulassen, daß verbrecherische Elemente ihre listigen Ziele zu erreichen und die Ruhe und Ordnung in der Republik Oesterreich zu stören versuchen.

Der Wiener Justizpalast niedergebrannt.

Prag, 16. Juli. Wie die Prager Morgenblätter melden, ist der Justizpalast in Wien gestern abend bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Die österreichisch-bayrische Grenze militärisch besetzt.

Aus München. Die bayrisch-österreichische Grenze ist bei Engelhardtzell von österreichischen Bundestruppen besetzt worden. Der heute morgen in Passau nach Linz abgelassene Dampfer wurde in Engelhardtzell an der Weiterfahrt verhindert. Der Grenzverkehr von uns nach Oesterreich zu Schiffen und mit der Bahn ist damit stark behindert. Die letzte Telegraphenverbindung München—Jansbrud dürfte noch heute unterbrochen werden, da man auch in Niederösterreich einen Streik der Post- und Telegraphenbeamten erwartet.

seinen Anklagen auf eine interne Note der Völkshastertkonferenz von Anfang 1925 berufen, die sich mit der Frage der Schwarzaren Reichswehr befaßt hat. Diese Angelegenheit ist aber im Januar dieses Jahres von der Völkshastertkonferenz als völlig erledigt erklärt worden, so daß man sehen kann, auf wie schwachen Füßen die belgische Anklage steht.

Die ganze Angelegenheit, die der belgische Kriegsminister jetzt aufgerührt hat, scheint übrigens ein abgekartetes Spiel zwischen Frankreich und Belgien zu sein. Französischerseits hat man nämlich Material über die Reichswehr gesammelt, wie es sich aus Debatten in den deutschen Parlamenten über die Versorgung von Reichswehrentlassenen und Angehörigen der alten Armee ergab. Dieses Material ist dann dem belgischen Kriegsminister zur Verfügung gestellt worden, der den französischen Inspirationen auf den Leim gegangen ist. Selbst in einem Teil der Brüsseler Presse begegnen die Behauptungen Broquevilles starken Zweifeln, und es wird darauf hingewiesen, daß, wenn Broquevilles Erklärungen richtig seien, Marschall Foch nicht die Erklärung abgegeben hätte, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen sei.

Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die belgische Antwortnote an Deutschland und die Stellungnahme der deutschen Regierung dazu bald veröffentlicht werden wird. Es wird sich dann zeigen, mit welchen Argumenten die deutschfeindliche Presse in Frankreich und die von ihr beeinflussten Persönlichkeiten arbeiten.